Die Tageszeitung
junge Welt

Fundado en 1947 · **Febrero de 2011**

www.jungewelt.de

Edición especial
Sonderdruck

XX Feria Internacional del Libro Cuba 2011
XX. Internationale Buchmesse Havanna

FOTO: AP/ PIER PAOLO CITO [M]

Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark!

La Revolución es grande, todo lo demás es insustancial

Rosa Luxemburg

Nicht vergleichbar

Die antiimperialistische Integration Lateinamerikas und die Europäische Union sind zwei gegensätzliche Projekte. **Von André Scheer**

AP/DOLORES OCHOA

Zwei Welten: Die Präsidenten Evo Morales, Rafael Correa und Hugo Chávez bei einem ALBA-Gipfel (Foto linke Seite) gegenüber Frankreichs Staatschef Nicolas Sarkozy und der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel (Foto rechts)

Die voranschreitende Integration Lateinamerikas wird gelegentlich mit der gewachsenen Zusammenarbeit in Europa verglichen. So nannte der guatemaltekische Präsident Álvaro Colom den Gemeinsamen Markt Südamerikas MERCOSUR »die Keimzelle einer Zusammenarbeit vergleichbar mit der Europäischen Union«. Ehrgeizige lateinamerikanische Projekte wie das gemeinsame Währungssystem »Sucre«, die Bank des Südens oder der Handelsvertrag der Völker (TCP) der ALBA-Staaten scheinen ebenfalls nahezulegen, daß sich auf dem amerikanischen Kontinent Entwicklungen vollziehen, die denen in Europa ähnlich sind.

Doch dieser Eindruck täuscht. Die Europäische Union ist ein Staatenbund zwischen den Regierungen, der sich darauf konzentriert, grenzübergreifend gute Bedingungen für das Großkapital zu schaffen. Die internationalen Abkommen wie die Verträge von Lissabon und Maastricht, Amsterdam und Nizza bedeuteten für viele Menschen in den Mitgliedsstaaten der EU eine Verschlechterung ihrer sozialen Lage. Privatisierungen und sogar die militärische Aufrüstung werden den Mitgliedern in diesen Verträgen zwingend vorgeschrieben. Eine Staatsverschuldung, um dringende soziale Probleme zu lösen, ist verboten.

Dadurch stößt die EU bei den Menschen, die in ihr leben, mehrheitlich auf Ablehnung. In den wenigen Ländern, in denen die Regierungen Volksabstimmungen über neue Abkommen der EU durchführen müssen, enden diese immer wieder mit einer deutlichen Ablehnung der Vorhaben. So 2005, als Franzosen und Niederländer bei Referenden der damals geplanten »EU-Verfassung« eine klare Absage erteilten. Die »demokratischen« Regierungen der EU änderten daraufhin einige kleinere Bestandteile des Werks und nannten es »Lissabon-Vertrag«. Da es nun nicht mehr den Titel »Verfassung« trug, brauchten Paris und Den Haag keine Referenden mehr durchführen. Die einzigen, die über dieses Abkommen votieren konnten, waren die Iren – und prompt sagten auch sie nein. Daraufhin wurde die Abstimmung durch die Regierenden in Dublin wiederholt, unterstützt mit einer milliardenschweren Werbekampagne und begleitet von offenen Drohungen aus der EU-Spitze. So gelang es ihnen, schließlich doch noch einen Erfolg zu erreichen. Nun ist dieser Vertrag, der Umfragen zufolge auch von den Menschen in den Ländern abgelehnt wurde, in denen nicht abgestimmt werden durfte, geltendes Gesetz in der EU.

Die Inhalte der unzähligen Abkommen, Verträge, Beschlüsse von Gipfeltreffen usw. sind den allermeisten Menschen in den EU-Mitgliedsstaaten unbekannt. So dürfte kaum jemand die mehr als 230 Seiten voller Juristensprache des »Vertrags von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, unterzeichnet in Lissabon am 13. Dezember 2007« – so der offizielle Titel – wirklich gelesen haben. Sahra Wagenknecht, die damals Abgeordnete des Europaparlaments war, kritisierte vor der Verabschiedung dieses Abkommens, daß es Europa »auf lange Zeit in ein neoliberales Korsett preßt, die Militarisierung vorantreibt und zentrale Grundrechte aushebelt«. Es sei eine »Fehlgeburt«. Die Abgeordnete, die seit der letzten Wahl 2009 für die Linkspartei im Deutschen Bundestag sitzt, bemängelte außerdem die unzureichende Information der Bevölkerung über das, was in der EU beschlossen wird: »Europa ist in deutschen Medien viel zu wenig präsent. Deshalb muß man in der Regel erst einmal wahnsinnig viel erläutern, bevor man zum Punkt kommen kann. Was sind ›Richtlinien‹? Welche Brüsseler Institution hat wo mitzureden? Erschwerend wirkt sicher auch diese Metasprache, mit der man hier in Brüssel hantiert, diese vielen Abkürzungen, das ist normalen Bürgern kaum nahezubringen. Das muß man immer erst mal übersetzen.«

Tatsächlich gilt »Brüssel« – die belgische Hauptstadt ist auch Sitz der wichtigsten EU-Führungsgremien – vielen Menschen als reine Geldverschwendung. Dorthin werden abgehalfterte Politiker abgeschoben, für die man in den Mitgliedsländern keine Verwendung mehr hat. Zugleich dient die Europäische Union den Politikern in den nationalen Regierungen auch als Sündenbock, denn für unsoziale Maßnahmen wie Rentenkürzungen, niedrige Löhne und ähnliches kann man gut EU-Beschlüsse verantwortlich machen. Verschwiegen wird dabei, daß alle wichtigen Entscheidungen von den nationalen Regierungen bei Gipfeltreffen beschlossen werden. Bequemer geht es kaum: Man faßt unpopuläre Beschlüsse gemeinsam mit den Kollegen der anderen Mitgliedsstaaten – und kann hinterher die Verantwortung dafür abschieben. So demonstriert es derzeit zum Beispiel die griechische Regierung, die den massiven Sozialabbau in dem südeuropäischen Land mit Sparvorgaben aus Brüssel begründet.

Die neuen Initiativen zur lateinamerikanischen Integration, und hier vor allem die Bolivarische Allianz für die Völker Unseres Amerikas (ALBA), weisen in eine andere Richtung. Hier tun sich nicht die Großkonzerne, Kapitalisten und ihre geschäftsführenden Ausschüsse – die nationalen Regierungen – zusammen, wie in der EU, sondern hier vereinen sich alternative gesellschaftliche Projekte im Interesse der Bevölkerungsschichten, die über Jahrzehnte und Jahrhunderte ausgegrenzt und ausgebeutet wurden. Während die EU-Gipfeltreffen von massiven Polizeikräften abgeschirmt werden müssen, damit die Herrschenden nicht die Wut der Beherrschten zu spüren kriegen, verbreitet sich bei den ALBA-Treffen Volksfeststimmung. Und so etwas wie die Treffen der sozialen Bewegungen, die Bestandteil der ALBA-Gipfel sind, wären in Europa undenkbar. Die antiimperialistische lateinamerikanische Integration ist also mit der europäischen Vereinigung kaum oder gar nicht vergleichbar.

André Scheer ist Redakteur der Tageszeitung *junge Welt*.

Triumph der Menschlichkeit und Kultur

Für die Tageszeitung *junge Welt* ist die Buchmesse in Havanna Schulung und Stärkung. **Von Dietmar Koschmieder**

Dietmar Koschmieder ist Geschäftsführer des Verlags 8. Mai in Berlin.

Zum dritten Mal ediert die Tageszeitung *junge Welt* gemeinsam mit dem Berliner Büro Buchmesse Havanna diese Sonderausgabe. Erstmals sind hier alle Beiträge sowohl in spanischer als auch in deutscher Sprache enthalten. Damit können Kubanerinnen und Kubaner, die deutsche Sprachkenntnisse besitzen, diese etwas auffrischen. Gleichzeitig kann sie auch im deutschen Sprachraum verbreitet werden, um dem wachsenden Interesse an der Situation in Kuba, an dieser wunderbaren Buchmesse, aber auch an der Arbeit des Berliner Büros besser gerecht zu werden.

Unser Auftritt in Havanna ist etwas Außergewöhnliches. Österreichische, deutsche und schweizerische Verlage, Gewerkschaftsstrukturen und Gruppen der internationalen Solidarität schließen sich zusammen, um gemeinsam Bücher vorzustellen. Es sind nicht jene Titel, die von den Interessen der Eigentümer von Banken und großen Unternehmen, der bürgerlichen Regierungen und deren Parteien, der Kirchen und Stiftungen geprägt sind. Vielmehr schildern sie die Probleme im Alltag der einfachen Menschen. Sie präsentieren wissenschaftliche Erkenntnisse und Analysen, die von fortschrittlichem Standpunkt aus geschrieben sind. Erstmals bieten wir eine Auswahl dieser Bücher zu einem sehr günstigen Preis in kubanischer Währung zum Kauf an. Denn wir wissen, daß für Kubaner Bücher, für die Euro verlangt werden, kaum zu bezahlen sind. Aber auch in Deutschland, ökonomisch ein reicher Staat, sind Bücher mittlerweile Luxusgut und für viele Menschen nicht mehr erschwinglich.

Uns eint das Interesse an der Entwicklung in Kuba. Volk und Führung Ihres Landes beweisen, daß mit einer Revolution ausbeuterische Verhältnisse radikal verändert und überwunden werden können, auch unter harten Bedingungen. Sie zeigen aber auch, daß es unter noch härteren Bedingungen möglich ist, wichtige Errungenschaften der Revolution zu verteidigen. Wir verschließen nicht die Augen vor den Problemen, die es in Kuba gibt. Führende Politiker in den USA und in unseren Ländern führen diese als Grund dafür an, daß die von ihnen zu verantwortende unmenschliche Blockade erst aufgehoben werden könne, wenn Sie in Kuba einem »System Change«, einer Systemveränderung, zustimmen. Auch wir wollen ein System Change – allerdings nicht in Kuba, sondern in den USA und in den europäischen Staaten. Damit die Zukunft jenen gehört, die politische, kulturelle und wirtschaftliche Angelegenheiten im Interesse der Menschen regeln und nicht im Interesse der Profitmaximierung der wenigen Superreichen. Wir sehen, daß die Kubaner in diesen schwierigen Kämpfen standhaft sind und einen hohen Preis dafür bezahlen. Aber sie sollen wissen, daß wir das in Europa voller Hochachtung verfolgen. Kubas Kraft ist Ansporn für uns, für Veränderungen auch in unseren Ländern zu kämpfen.

In diesem Sinne ist unser Besuch auf der Buchmesse eine Schulung, aus der wir jedes Jahr gestärkt nach Europa zurückkehren. Dies ist eine Veranstaltung, deren Erfolg zwar auch in Hunderttausenden verkaufter Bücher gemessen wird. Sie ist aber keine Kommerzshow, wie wir sie gewohnt sind, sondern ein Triumph der Menschlichkeit und Kultur. Dafür möchten wir uns bei den Veranstaltern der Buchmesse, aber auch bei allen Besucherinnen und Besuchern dieses international wichtigen Ereignisses bedanken.

AP/MICHEL EULER

Dos mundos: Los presidentes Evo Morales, Rafael Correa y Hugo Chávez durante una cumbre del ALBA (foto izquierda), mientras el jefe de estado francés, Nicolas Sarkozy, y la Canciller Federal alemana, Angela Merkel, no parecen de buen humor (foto derecha)

No comparable

La integración antiimperialista de América Latina y la Unión Europea son dos proyectos opuestos. **Por André Scheer**

La creciente integración en América Latina es comparada en ocasiones con el trabajo de conjunto desarrollado en Europa. En ese sentido el presidente de Guatemala, Álvaro Colom, calificó al Mercado Común del Sur MERCOSUR como »el núcleo de una cooperación que se puede comparar con la Unión Europea« (UE). Ambiciosos proyectos latinoamericanos como el sistema monetario común »Sucre«, el Banco del Sur o el Tratado de Comercio de los Pueblos (TCP) de los Estados del ALBA parecen sugerir de igual modo que en el continente americano se desarrolla un progreso semejante al de Europa.

Sin embargo, esta impresión es engañosa. La UE es una confederación entre gobiernos que se centra en crear condiciones idóneas para el gran capital más allá de las fronteras. Los tratados internacionales, como el reciente Tratado de Lisboa o anteriormente los Tratados de Maastricht, Ámsterdam y Niza significaron para muchas personas de los Estados miembros de la Unión Europea un deterioro de su situación social. En estos convenios se impone a los miembros la privatización e incluso el rearme militar en tanto se prohíbe al Estado endeudarse para de resolver problemas sociales urgentes.

Así la UE tropieza con el rechazo de la mayoría de sus habitantes. En los pocos países donde los gobiernos tienen que realizar referendos sobre nuevos tratados de la Unión Europea siempre se manifiesta un claro rechazo al proyecto: Cuando en 2005 los franceses y holandeses expresaron una clara negativa en los referendos sobre la antigua »Constitución de la Unión Europea«, los gobiernos »democráticos« de la UE hicieron pequeños cambios en el texto y lo nombraron »Tratado de Lisboa«. Entonces, como ya el término »Constitución« no figuraba en el título, no era necesario que París y La Haya convocaran a otros referendos. Solo los irlandeses podían votar y de inmediato se unieron a la negativa. Entonces los gobernantes en Dublín repitieron la votación, que fue apoyada con una campaña publicitaria multimillonaria y acompañada de amenazas directas de los líderes de la UE. De esta forma lograron alcanzar el éxito y aunque, según encuestas, las personas de los países que no podían votar también se oponían, hoy día el tratado tiene validez legal en la UE.

El contenido de incontables tratados, convenios y acuerdos aprobados en las cumbres, es desconocido para la mayoría de los habitantes de los Estados miembros de la Unión Europea. De ese modo seguramente casi nadie pudo haber leído las más de 230 páginas de lenguaje jurídico del »Tratado de Lisboa por el que se modifica el Tratado de la Unión Europea y el Tratado Constitutivo de la Comunidad Europea« (nombre oficial), firmado en Lisboa el 13 de diciembre de 2007. Antes de la aprobación de este tratado, Sahra Wagenknecht, entonces diputada del Parlamento Europeo, dijo que el tratado »a largo plazo le pondrá a Europa un corsé neoliberal, impulsará la militarización y anulará derechos fundamentales importantes.« Además lo calificó de »aborto«. La parlamentaria, quien desde las elecciones de 2009 ocupa un escaño en el Parlamento alemán por el partido de izquierda, también criticó la desinformación del pueblo sobre las decisiones tomadas en la UE: »Europa se hace sentir muy poco en los medios alemanes. Por eso generalmente antes de ir directo al grano uno tiene que explicar las cosas hasta el cansancio«. ¿Cuáles son los lineamientos? ¿Qué institución en Bruselas tiene algo que decir y dónde? Sin duda este metalenguaje que se maneja en Bruselas resulta dificultoso; esa cantidad de abreviaturas que aportan muy poco a un ciudadano común y que uno al principio siempre tiene que explicar.«

De hecho, Bruselas, que además de ser la capital de Bélgica también es sede de los grupos de dirección más importantes de la UE, para muchas personas no es más que un verdadero despilfarro de dinero. Hacia allí son expulsados los políticos defenestrados que ya no son necesarios en los países. Al mismo tiempo »Bruselas« es utilizada por los políticos de gobiernos nacionales como chivo expiatorio pues es muy fácil responsabilizar a la UE por medidas antisociales como la reducción de pensiones, salarios bajos, y cosas semejantes; y así se oculta que son los gobiernos quienes toman las decisiones importantes durante las cumbres. Más conveniente imposible: uno toma decisiones antipopulares junto a sus colegas de otros Estados miembros y luego puede deshacerse de la culpa. Un ejemplo claro es el Gobierno de Grecia, quien actualmente justifica la reducción masiva de los servicios sociales en ese país a costa de las medidas de ahorro de Bruselas.

Las nuevas iniciativas para la integración latinoamericana y especialmente la Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América (ALBA), apuntan hacia otra dirección. Aquí los grandes consorcios, los capitalistas y sus comités ejecutivos, o sea, los Gobiernos nacionales, no son socios como en la UE. Aquí se unifican proyectos sociales alternativos en beneficio de las clases sociales que durante décadas y siglos han sido marginadas y explotadas. Mientras que las cumbres de la UE tienen que ser custodiadas mediante movilizaciones policiales masivas para que los gobernantes no lleguen a sentir la ira de los gobernados, en los encuentros del ALBA reina un ambiente de fiesta popular. Y así, algo como los Encuentros de los Movimientos Sociales en el marco de las cumbres del ALBA, sería inconcebible en Europa.

La integración latinoamericana antiimperialista no se puede comparar con la Unión Europea.

André Scheer es miembro de la redacción del diario *junge Welt*.

Triunfo de la humanidad y la cultura

El *junge Welt* aprovecha la Feria del Libro de La Habana como escuela y para fortalecernos. **Por Dietmar Koschmieder**

Por tercera vez consecutiva el diario *junge Welt*, de conjunto con la Oficina berlinesa para la Feria del Libro de La Habana presenta esta edición especial. Ahora nuestra entrega abarca artículos tanto en español como en alemán, lo que permite que aquellos cubanos y cubanas que tienen conocimientos de nuestro idioma puedan reactivarlos. De igual forma, esta edición puede distribuirse en aquellos lugares que se habla alemán, para así aumentar tanto el interés por la situación de Cuba y por esta maravillosa Feria del Libro como también por el trabajo de la Oficina berlinesa.

Nuestra participación en La Habana es algo excepcional: Editoriales austriacas, alemanas y suizas, sindicatos y grupos internacionales de solidaridad se unen para presentar libros. No se trata de aquellos títulos que plasman los intereses de los dueños de bancos y empresas, de gobiernos burgueses y sus partidos políticos, de iglesias y fundaciones, sino más bien de los que ilustran problemas de la vida cotidiana y del hombre común. Ellos ponen a disposición conocimientos científicos y análisis elaborados desde una concepción progresista. Por primera vez, ofrecemos la venta de una selección de estos libros por un precio muy módico en moneda nacional. Sabemos que cubanos normalmente no pueden comprar libros que se vende por euros. Pero también en Alemania, que es un país rico económicamente, los libros han devenido mercancías de lujo y para muchas personas han dejado de ser asequibles.

Nos une el interés por el desarrollo de Cuba. El pueblo y el Gobierno de este país corroboran que las relaciones de explotación pueden cambiar y ser superadas de forma radical con una revolución, aún bajo condiciones difíciles. Pero además también muestran que es posible defender conquistas de la Revolución bajo condiciones aún más arduas. Nosotros no apartamos nuestra vista de los problemas que hay en Cuba. Líderes políticos en EE.UU. y en nuestros países alegan que para que el inhumano bloqueo, del cual ellos son responsables, se levante, Cuba tendría que aprobar un »System Change«, o sea, un cambio de sistema. También nosotros abogamos por un System Change, pero no en Cuba, sino en EE.UU y en los Estados europeos, para que el futuro le pertenezca a aquellos que defienden asuntos políticos, culturales y económicos en interés de los hombres y no en el del aumento de beneficios para los súper ricos. Sabemos que los cubanos se mantienen firmes en esta cruenta lucha y que están pagando un alto precio por eso, pero deben saber que nosotros en Europa seguimos este proceso llenos de admiración por ellos. La fuerza de Cuba es un estímulo para nosotros, para seguir luchando por cambios en nuestro país.

En este sentido, nuestra presencia en la Feria del Libro es una escuela de la que volvemos fortalecidos cada año a Europa. Este es un evento cuyo éxito se puede medir con la venta de cientos de miles de títulos; pero la Feria no constituye un show comercial, como estamos acostumbrados a ver, sino un triunfo de la humanidad y de la cultura. Por todo ello nos sentimos agradecidos con los organizadores de la feria, pero también con cada uno de los visitantes de este importante acontecimiento internacional.

Dietmar Koschmieder es director comercial de la Editorial 8. de Mayo.

GABRIELE SENFT

Fotos: Bei der Vorstellung des Films in Berlin

»Dieser Film ist ein Ausblick auf die Zukunft«

Deutsche drehen eine Dokumentation über vier kubanische Frauen. Erfolgreiche Präsentation in Europa.

Ein Gespräch mit Angela Pernas und Elena Aragón

Der Dokumentarfilm »Zucker & Salz« (BRD/Kuba 2010, 32 Min.) von Tobias Kriele (Idee und Regie) und Martin Broschwitz (Kamera und Schnitt) erzählt die Geschichte der Freundschaft zwischen vier kubanischen Frauen, die 1960 bei der Alphabetisierungskampagne in der Sierra Maestra begann. Bis zum heutigen Tag sind die vier echte Freundinnen und stehen gemeinsam auch die salzigen Momente des Lebens durch und teilen nicht nur die zuckersüßen. Der Streifen wurde im September und Oktober 2010 unter Anwesenheit von zwei der Protagonistinnen mit großem Erfolg auf einer Rundreise durch Deutschland, die Schweiz und Luxemburg aufgeführt. Wir zeigen den Film auf der Buchmesse in Havanna, die vier Hauptdarstellerinnen María de los Angeles Pernas Salmón, Elena Aragón García, Ana Guzmán González und María Adriana Guzmán González werden dabeisein.

Sie gehören zu den Hauptdarstellerinnen des Dokumentarfilms »Zucker und Salz«. Wovon handelt dieser Streifen?

Elena Aragón: Er spiegelt 50 Jahre Freundschaft durch den Werdegang der Revolution wieder, so wie Ana, María, Angela und ich sie erlebt haben. Wir sind vier von Tausenden Frauen, die die gleiche Geschichte als freiwillige Lehrerinnen oder Alphabetisiererinnen teilen. So gesehen ist es ein Film über die Emanzipation der kubanischen Frau, über ihre Beteiligung am revolutionären Prozeß. Zugleich stellt er das Leben von uns vier Frauen als stellvertretend für ein ganzes Volk vor, welches über Jahre hinweg durchgehalten hat, standhaft geblieben ist und bleibt.

Welche Bedeutung hat es für den Film, daß er von einem Ausländer konzipiert wurde?

Angela Pernas: Es beweist, in welchem Maße die Menschen anderer Völker unsere Revolution begreifen können. Ich denke, es ist unmöglich, einen Gegenstand darzustellen, der einem nicht nahegeht. Und so gesehen zeugt schon die Tatsache, einen solchen Film zu machen, von einem außergewöhnlichen Akt der Solidarität mit Kuba.

Sie waren auf Tournee in Deutschland, Luxemburg und der Schweiz. Wie wurden Sie dort empfangen?

Angela Pernas: Am meisten hat mich beeindruckt, wie der Film vom Publikum aufgenommen wurde. Wir haben sehr gerührte Menschen gesehen, teilweise mit Tränen in den Augen. Die Leute haben sich bei uns bedankt, was wir zunächst überhaupt nicht begreifen konnten. Erst später ist uns aufgegangen, daß dieser Dokumentarfilm für sie einen Ausblick auf die Zukunft darstellt. Mit ihm sahen sie die Hoffnung greifbar, daß durch Kampf, Durchhaltevermögen und Entschlossenheit eine bessere Welt zu erreichen ist. Das haben wir sowohl bei den anwesenden Europäern als auch bei den lateinamerikanischen Migranten gesehen. Gleichzeitig war es für uns eine Bereicherung. Wir haben uns eingebracht, aber auch etwas vom Publikum empfangen, das uns in unserer Sache bestätigt hat.

Die Europäer und speziell die Deutschen haben den Ruf, unterkühlt zu sein ...

Elena Aragón: Wir haben das Gesicht der Solidarität erblickt. Wir hatten eine völlig andere Vorstellung vom Leben und Fühlen der Europäer. Aber die Menschen, die wir auf den Veranstaltungen und danach getroffen haben, ließen uns eine Wärme spüren, die wir so nicht erwartet hätten. Es war sehr bewegend, Menschen kennenzulernen, die unter sehr schwierigen Verhältnissen kämpfen und sich dabei mit unserem Kampf solidarisieren und einen Weg suchen, uns zu helfen. Menschen, die versuchen, mit uns zusammenzukommen. Wir lernten, das Publikum zu lieben, denn es offenbarte uns seine Zuneigung, es verstand uns, es zeigte uns, daß es einen eigenen Standpunkt hat und dafür ist, die Lebensbedingungen in Kuba zu verbessern.

Sie haben den Film auch am Stand der *jungen Welt* auf der Frankfurter Buchmesse präsentiert. Wie haben Sie den Betrieb dort wahrgenommen?

Angela Pernas: Die Frankfurter Buchmesse ist eine außergewöhnliche Veranstaltung. Das Areal ist immens, aber sie unterscheidet sich grundlegend von der Buchmesse in Havanna. Denn in Frankfurt bewegen sich vor allem Geschäftsleute. Es werden dort kaum Bücher verkauft, sondern es werden Verlagsstände aufgesucht und Verträge geschlossen. Die Buchmesse in Havanna dagegen ist ein großes Kulturereignis, zu dem die gesamte Bevölkerung eingeladen ist und Bücher zu moderaten Preisen erstehen kann. Es handelt sich um zwei grundsätzlich verschiedene Angelegenheiten: Das eine ist eine Frage der Volksbildung, das andere eine Frage des Geschäfts.

In dem Dokumentarfilm sind einige Szenen von der Buchmesse Havanna 2009 zu sehen. Wie kam es dazu?

Elena Aragón: Jahr für Jahr ist die Buchmesse für uns wie für die gesamte Bevölkerung Kubas eines der bedeutenden kulturellen Ereignisse. Der Besuch dort ist quasi ein jährliches Muß. Literaturliebhaber genießen diese für sie so wichtige Veranstaltung. Die Buchmesse erscheint im Film, da sie eins der kulturellen Angebote ist, die uns sehr am Herzen liegen.

Angela Pernas: Wir sind ja auch im Film zu sehen, wie wir ein Exemplar der *jungen Welt* lesen. Das ist kein Zufall. Sie ist die einzige deutsche Tageszeitung, die auf die Buchmesse 2004 in Havanna gekommen ist, als Deutschland das Gastland war. Die *junge Welt* ist seit Jahren mit einer spanischsprachigen Sonderausgabe präsent, die interessante Berichte über die deutsche Realität bringt. Deshalb lasen wir gerade in ihr, als uns Martin, der Kameramann, aufnahm, und nur deshalb taucht sie auch im Dokumentarfilm auf.

Der Streifen wird auch auf der Buchmesse in Havanna gezeigt. Worüber werden Sie und der Filmemacher auf dieser Veranstaltung sprechen?

Elena Aragón: Wir werden von unseren Erfahrungen während des Besuches in Deutschland und den anderen Ländern berichten. Wir möchten der kubanischen Bevölkerung das Gefühl der Solidarität und all die Emotionen vermitteln, die wir während der Rundreise erlebt haben. Wir möchten zeigen, daß die Welt mehr über Kuba erfahren will. Trotz allen Totschweigens durch die Presse weiß die Welt, wer der Feind Kubas ist, wer tatsächlich die umfassende Entwicklung unserer Revolution verhindert, gegen wen wir kämpfen, gegen wen wir durchhalten.

Angela Pernas: Bei vielen Menschen hat dieser Film Spuren hinterlassen – und er wird noch mehr erreichen. Wir sind abgereist, aber in Deutschland sind schon weitere Filmveranstaltungen geplant. Der Streifen hat es vielen Menschen angetan, es wird in verschiedenen Kreisen darüber gesprochen, und es ist etwas mehr von der Kubanischen Revolution bekanntgeworden.

Interview: Julian Reiser

»La película es una mirada hacia el futuro«

Alemanes producen un documental sobre cuatro mujeres cubanas. Presentación exitosa en Europa.

Entrevista con Angela Pernas y Elena Aragón

Ustedes son dos de las cuatro protagonistas del documental »Azúcar y Sal«. ¿De qué se trata exactamente?

Elena Aragón: El documental refleja 50 años de una amistad desarrollada durante el proceso revolucionario, a partir de las experiencias de Ana, María, Ángela y las mías.

Nosotras somos cuatro de las miles y miles de mujeres que, como nosotras, fueron maestras voluntarias o alfabetizadoras. Visto así, se trata de un documental sobre la emancipación de la mujer cubana a través de su incorporación al proceso revolucionario. Al mismo tiempo, esta obra muestra la vida de estas cuatro mujeres en representación de todo un pueblo que ha resistido durante tantos años y se ha mantenido y se mantiene firme.

¿Qué significado tiene el hecho de que este documental fuera concebido por un extranjero?

Ángela Pernas: Eso nos muestra en qué medida otros pueblos pueden llegar a comprender el proceso revolucionario. El documental tiene un doble significado, o sea, fue realizado por un extranjero, un europeo ajeno a nuestra cultura y nuestra historia. Creo que es imposible que una persona pueda desarrollar un tema que no le ha impactado y visto así, el hecho de hacer este documental ya lleva implícito un tremendo acto de solidaridad con Cuba.

Ustedes realizaron una gira por Alemania, Luxemburgo y Suiza. ¿Cómo las acogieron?

Ángela Pernas: Una de las cosas que más me impresionó fue como el documental fue acogido por el público. La gente estaba muy emocionada, algunos con lágrimas en los ojos. La gente estaba muy agradecida y al principio realmente no podíamos entenderlo. Después nos dimos cuenta de que para ellos el documental representaba una mirada hacia el futuro. Gracias a él, surgió en ellos la esperanza de que por medio de la lucha, la capacidad de resistencia y la firmeza, se puede lograr un mundo mejor. Esto lo apreciamos tanto en los europeos allí presentes como en los emigrantes latinoamericanos. Al mismo tiempo para nosotras fue como una retroalimentación, pues hicimos una contribución, pero también recibimos algo del público que nos reafirmó en nuestro trabajo.

Los europeos, y en especial los alemanes, tienen fama de ser muy fríos...

Elena Aragón: Allí conocimos la cara de la solidaridad. Nosotros teníamos una idea completamente diferente de la personalidad y el sentir de los europeos. Pero esas personas que conocimos en los eventos y fuera de ellos nos hicieron sentir un calor humano que no esperábamos. Fue muy emocionante conocer personas que luchan bajo circunstancias muy difíciles, que se solidarizan con nuestra lucha y buscan la forma de ayudarnos y apoyarnos. Se podría decir que aprendimos a amar al público porque nos mostró su afecto y comprensión; nos demostró que tiene criterio propio y que además siente el deseo de que las condiciones de vida en Cuba mejoren.

En la Feria del Libro de Fráncfort ustedes también presentaron el documental en el stand del *junge Welt* ¿Qué les pareció esta feria? ¿En qué sentido se diferencia de la Feria del Libro de La Habana?

Ángela Pernas: La Feria del Libro de Fráncfort es un evento extraordinario. El espacio utilizado es inmenso, pero existe una diferencia fundamental con la Feria del Libro de La Habana, y es que en Fráncfort los visitantes eran mayormente hombres de negocio. Allí no se venden libros, sino que se visitan las editoriales y se firman contratos. En cambio, la Feria del Libro en Cuba es un gran acontecimiento cultural en el que participa toda la población y donde que se pueden adquirir libros por precios módicos. Son dos cosas totalmente diferentes: en una se trata de cultura popular y la otra es más bien una cuestión de negocios. Podemos decir que son diametralmente opuestas.

En el documental aparecen algunas escenas de la Feria del Libro de La Habana de 2009. ¿Cómo ocurrió? ¿Fue algo casual?

Elena Aragón: Esto no tiene nada que ver con la casualidad. Año tras año la Feria del Libro ha sido, tanto para nosotras como para todo el pueblo de Cuba, uno de los eventos culturales más importante. Nuestra visita a la Feria del Libro es una tarea casi obligada que debemos cumplir cada año para así poder disfrutar de esta actividad tan importante para los amantes de la lectura y luego poder contar la experiencia a otros. La Feria del Libro aparece en el documental porque es una de las actividades culturales más significativas para nosotras.

Ángela Pernas: Nosotras aparecemos en el documental leyendo un ejemplar del *junge Welt*. Esto tampoco fue casual. Es el único periódico alemán que aceptó ir a la feria cuando Alemania fue el país invitado. Algunas personas se han reído porque piensan que lo hemos hecho como publicidad encubierta. No se trata de publicidad encubierta, sino de una editorial que ha estado presente en la Feria del Libro desde hace varios años con una edición especial en español que ofrece noticias interesantes sobre la realidad alemana. Por ello estábamos leyendo el diario cuando fuimos captadas por Martin, el camarógrafo, y únicamente por esta razón salió en el documental.

Se proyectará el documental también en la Feria del Libro. ¿Cuál será el tema que ustedes y el realizador abordarán en esta ocasión?

Elena Aragón: La actividad va a tratar sobre nuestras experiencias durante la visita a Alemania y a los otros países. Queremos transmitirle a la población cubana aquel sentimiento de solidaridad que llegó a nosotras, todas las emociones que vivimos en esa gira, la magnitud del esfuerzo que se hace en el mundo por conocer más sobre Cuba. A pesar del silencio que impone la prensa, el mundo sabe quién es el enemigo de Cuba, quién obstaculiza verdaderamente el desarrollo íntegro de nuestra Revolución, contra quién luchamos y contra quiénes resistimos.

Ángela Pernas: Quisiéramos que el pueblo cubano sepa que el documental es de gran importancia para la solidaridad con nuestro país y que ha dejado una huella en muchas personas ¡y no vamos a parar! Nosotros nos fuimos, pero en Alemania continúa el proceso. Ya se están preparando más actividades con este documental que le ha gustado a muchas personas; ahora se habla en varios lugares sobre su tema principal y se conoce un poquito más sobre la Revolución Cubana.

Entrevista realizada por Julian Reiser

El documental »Azúcar y Sal« (Alemania/Cuba 2010, 32 min) es un homenaje al papel de la mujer cubana en el proceso revolucionario. La obra de Tobias Kriele (idea y dirección) y Martin Broschwitz (cámara y edición) cuenta la historia de la amistad entre cuatro muchachas cubanas que empezó en el 1960 durante la campaña de alfabetización en la Sierra Maestra. Hasta el día de hoy siguen siendo amigas y están juntas no solo en las cosas dulces de la vida, sino también en las »saladas«.
Con la presencia de dos de las protagonistas, el documental fue presentado con mucho éxito en septiembre y octubre del 2010 durante una gira por Alemania, Suiza y Luxemburgo.
La Oficina berlinesa para la Feria del Libro de La Habana presentará el documental en la propia feria, en presencia de las cuatro actrices principales: María de los Angeles Pernas Salmón, Elena Aragón García, Ana Guzmán González und María Adriana Guzmán González.

GABRIELE SENFT

Fotos: Durante la presentación del documental en Berlín

Stiftungen gegen ALBA

Deutsche Organisationen beteiligen sich an den Kampagnen gegen die Bolivarische Allianz. **Von Ingo Niebel**

Fotos: Der Putsch in Honduras wurde von der deutschen Friedrich-Naumann-Stiftung unterstützt

AP/ESTEBAN FELIX

Ingo Niebel ist freier Journalist und regelmäßiger Autor der Tageszeitung *junge Welt*.

CIA und IV. Flotte, USAID und NED sind Abkürzungen einiger US-Einrichtungen, über die sich Washington in die Angelegenheiten von Staaten Lateinamerikas und der Karibik einmischt. Aufgrund ihrer politischen und wirtschaftlichen Schwäche sehen sich die USA gezwungen, mit den Stiftungen der deutschen Parteien zusammenzuarbeiten, um die verlorene Kontrolle über das Gebiet zurückzugewinnen, das sie weiterhin als ihren »Hinterhof« ansehen.

Der Begriff »Stiftung« bezieht sich auf ein bestimmtes Vereinsmodell in Deutschland. So gibt es die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), die die Bundesregierung berät. Darüber hinaus verfügt jede der sechs im Bundestag vertretenen Parteien über eine Stiftung, die ihrer Ideologie »nahesteht«. Nach dem üblichen »Links-Rechts«-Schema ergibt sich folgendes Bild:

Die Hauptaufgabe der Stiftungen liegt in der Fortbildung der Kader und Mitglieder der Mutterpartei. Die vom Gesetz geforderte »Unabhängigkeit« von der ihr »nahestehenden« Partei ist relativ, weil es der Bundestag ist, der über die Zuschüsse entscheidet, die die Stiftungen seitens des Staates erhalten. Diese Einnahmen machen etwa 90 Prozent des jeweiligen Stiftungsetats aus. Eine weitere Finanzierungsquelle sind das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Letzteres hat 216 Millionen Euro für konkrete Projekte (2010–2012) eingeplant. Aus diesem Grund pflegen die Stiftungen einen engen Kontakt untereinander und mit den beiden Ministerien.

Aber: »Sie sind weder ›Instrumente‹ noch ›Akteure‹ der Außenpolitik – sie sind beides in einem«, stellt die Politologin und Stiftungsexpertin Swetlana W. Pogorelskaja fest. Sie kommen in den Bereichen zum Einsatz, wo die deutsche Diplomatie nicht handeln kann oder will. So waren es 1973 deutsche Parlamentarier, die Bargeld nach Chile brachten, um die Opposition zu finanzieren, die sich auf den von der CIA geplanten Staatsstreich gegen Salvador Allende vorbereitete. Parallel dazu trug Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) Washingtons Wirtschaftsblockade gegen Santiago de Chile mit.

In weiteren Ländern der Region zogen die deutschen Stiftungen es vor, diskreter zu operieren. Aber ihre systematische Zusammenarbeit mit den Schwesterparteien ist im Niedergang begriffen, seit 1998 Hugo Chávez die Präsidentschaftswahlen in Venezuela gewann. In der Folge haben die traditionellen Verbündeten der deutschen Stiftungen in allen ALBA-Staaten kontinuierlich an Bedeutung verloren.

Nur die Konrad-Adenauer-Stifung (KAS) hat bewußt auf die neue Situation reagiert. Sie hat die Zahl ihrer Partner reduziert und sich neue Alliierte gesucht, wie zum Beispiel »Primero Justicia«, eine Partei, die 2002 mit gegen Chávez putschte. Außerdem hat sie in Bolivien und Ecuador ihre Arbeit mit indigenen Personen und Organisationen verstärkt, die bestenfalls »kritisch« zu den Präsidenten Evo Morales beziehungsweise Rafael Correa stehen. Ihre Arbeit in der Region hat die KAS 2007 mit dem International Republican Institute (IRI) in Anwesenheit von Daniel Fisk, dem damaligen Nationalen Sicherheitsberater von US-Präsident George W. Bush, abgestimmt. Darüber hinaus arbeitet sie mit antikubanischen Zellen zusammen, die über eine CIA-Anbindung verfügen.

Auf eine bisher nicht dagewesene Weise hat die liberale FNS ihre Ablehnung des ALBA-Projektes gezeigt, indem sie 2009 Roberto Micheletti vor, während und nach dem Militärputsch gegen den legitimen Präsidenten von Honduras, Manuel Zelaya, unterstütze, und den Putsch in Deutschland als einen legalen Akt darstellte. Hier sieht man die doppelte Funktion der Stiftungen: Im Gastland mischen sie sich in die inneren Angelegenheiten ein; daheim besteht ihre Arbeit in der Desinformation, im Absichern von illegalen Aktionen wie der in Honduras und im Voranbringen von Resolutionen, die ALBA-Mitglieder verurteilen. Die übrigen Stiftungen haben die FNS für ihre Einmischung in Honduras nicht kritisiert, weil ihnen das ein »ungeschriebenes Gesetz« verbietet.

2010 hat die SWP der Bundesregierung empfohlen, die Arbeit der Stiftungen in Lateinamerika zu erweitern oder zu ergänzen. Diese solle sich auf »demokratische Repräsentationsstrukturen« und »innerparteiliche und innergesellschaftliche Moderationsprozesse« konzentrieren. Die SWP nennt als Arbeitsgebiete »den sich anbahnenden Klärungsprozeß innerhalb der Linken, die Neuordnung der Rechten und das Entstehen starker grüner Initiativen«.

Jetzt hängt es von jeder Stiftung selbst ab, ob sie ein »Instrument-Akteur« der deutschen Außenpolitik bleiben will und sich weiter in die inneren Angelegenheiten der ALBA-Staaten einmischt, oder ob sie zum Respekt gegenüber dem international verbrieften Selbstbestimmungsrecht der Völker zurückkehrt.

Partei	Stiftung	Ausrichtung	Zuschüsse 2009
CSU (Christlich-Soziale Union)	Hanns-Seidel-Stiftung (HSS)	rechts	9,8 Mio. Euro
CDU (Christlich-Demokratische Union)	Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)	rechts	28 Mio. Euro
FDP (Freiheitlich-Demokratische Partei)	Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS)	Mitte rechts	9,8 Mio. Euro
SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)	Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)	Mitte	31 Mio. Euro
Bündnis 90/Grüne	Heinrich-Böll-Stiftung (HBS)	Mitte	9,8 Mio. Euro
Die Linke	Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)	links	6,6 Mio. Euro

Fundaciones contra ALBA

Organizaciones alemanas participan en las campañas contra la Alianza Bolivariana. **Por Ingo Niebel**

CIA y IV Flota, USAID y NED son siglas de algunas instituciones estadounidenses a través de las cuales Washington ejerce su injerencia en los asuntos internos de los estados de América Latina y del Caribe. Sin embargo, su debilidad política y económica le han obligado a colaborar con las fundaciones de los partidos políticos alemanes para recuperar el control perdido sobre lo que sigue considerando su »patio trasero«.

El término »fundación« se refiere a un determinado tipo de asociación en la República Federal de Alemania (RFA). He aquí la Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP, Fundación Ciencia y Política) que asesora al Gobierno alemán. A parte de eso cada uno de los seis partidos con representación en el Parlamento Alemán cuenta con una fundación que es »cercana« a su ideología. Según el tradicional esquema »izquierda-derecha«, el panorama es éste:

En un principio la tarea general de cada fundación es la formación de cuadros y militantes del respectivo partido. La »independencia« del partido »cercano«, impuesta por la ley, es relativa porque es el Parlamento el que determina las subvenciones que reciben por parte del Estado. Estos ingresos suponen el 90 por ciento del presupuesto de cada fundación. Otra fuente de financiación son el Ministerio de Exterior y el de Colaboración Económica. Este último ha reservado 216 millones de euros para proyectos concretos entre 2010 y 2012. Por eso las fundaciones mantienen un estrecho intercambio entre ellas y con los dos ministerios.

Pero: »No son ni ›instrumentos‹ ni ›actores‹ de la política exterior, son todo en uno« afirma la politóloga y experta Swetlana W. Pogorelskaja. Intervienen en las tareas que la diplomacia alemana no quiere o no puede tocar. En 1973 fueron parlamentarios los que llevaron dinero en efectivo a Chile para financiar a la oposición que se preparaba para el golpe militar, planeada por la CIA, contra Salvador Allende. Paralelamente el jefe de Gobierno de la RFA, Willy Brandt (SPD), secundó el bloqueo comercial de Washington contra Santiago de Chile.

En otros países de la región las fundaciones alemanas optaron por operar de forma más discreta. Su sistemática colaboración con los partidos hermanos se ha venido abajo cuando en 1998 Hugo Chávez ganó las elecciones presidenciales en Venezuela. Sucesivamente los aliados tradicionales de las fundaciones alemanas han ido perdiendo importancia en todos los países del ALBA.

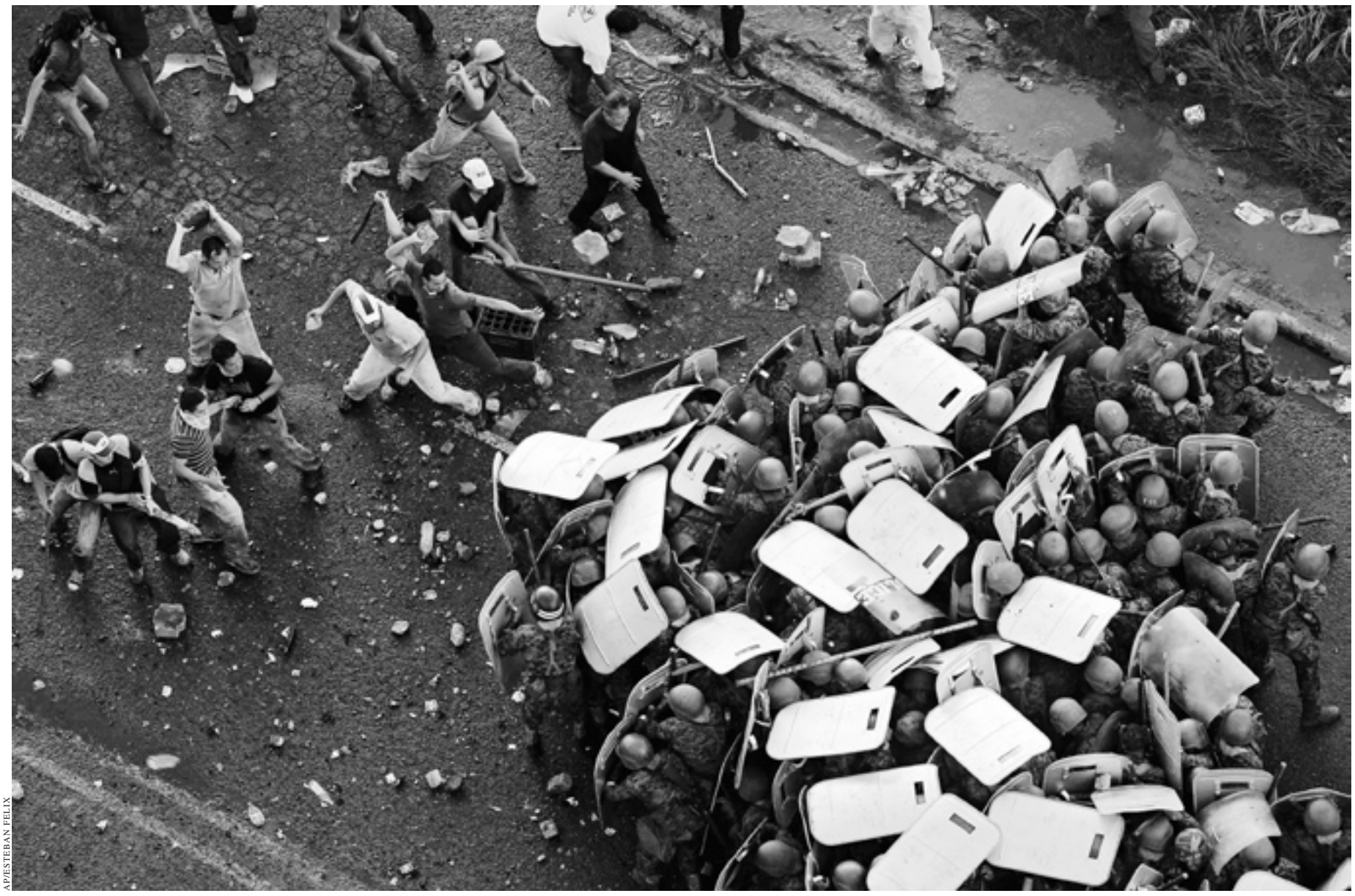
Sólo la KAS ha sabido reaccionar a esta nueva situación. Ha reducido el número de socios y se ha buscado nuevos aliados como por ejemplo »Primero Justicia«, partido que apoyó el golpe contra Chávez en 2002. Además en Bolivia y Ecuador ha intensificado el trabajo con personas y organizaciones indígenas que se muestran al menos »críticas« con los presidentes Evo Morales y Rafael Correa, respectivamente. Su labor en la región la KAS la sintonizó en 2007 con el International Republican Institute (IRI) en presencia de Daniel Fisk, entonces asesor de Seguridad Nacional del presidente estadounidense George W. Bush. Además colabora con elementos anticubanos, vinculados a la CIA.

De una manera insólita la FNS liberal ha mostrado su rechazo al proyecto ALBA, apoyando en 2009 a Roberto Micheletti antes, durante y después del golpe militar contra en el presidente legítimo de Honduras, Manuel Zelaya, mientras que en Alemania lo presentó como un acto legal. He aquí la doble función de las fundaciones: en el país anfitrión intervienen en sus asuntos domésticos, en casa su labor consiste en desinformar, en blindar actos ilegales como el de Honduras y en promover resoluciones condenatorias contra los miembros del ALBA. Las demás fundaciones no criticaron a la FNS por su injerencia en Honduras porque una »ley no escrita« se lo impide.

En 2010 la SWP ha recomendado al Gobierno a »ampliar o complementar« el trabajo de las fundaciones en América Latina donde deben centrarse en la creación de »estructuras democráticas de representación« y de »procesos de mediación« dentro de los partidos y de la sociedad. Como áreas de trabajo especifica: »el anunciado proceso de clarificación dentro de la Izquierda, la reorganización de la derecha y el nacer de fuertes iniciativas verdes«.

Depende ahora de cada fundación el querer seguir siendo un »instrumento-actor« de la política exterior alemana que interviene en los asuntos internos de los países del ALBA o volver a respetar la autodeterminación de los pueblos, consagrada en el Derecho Internacional.

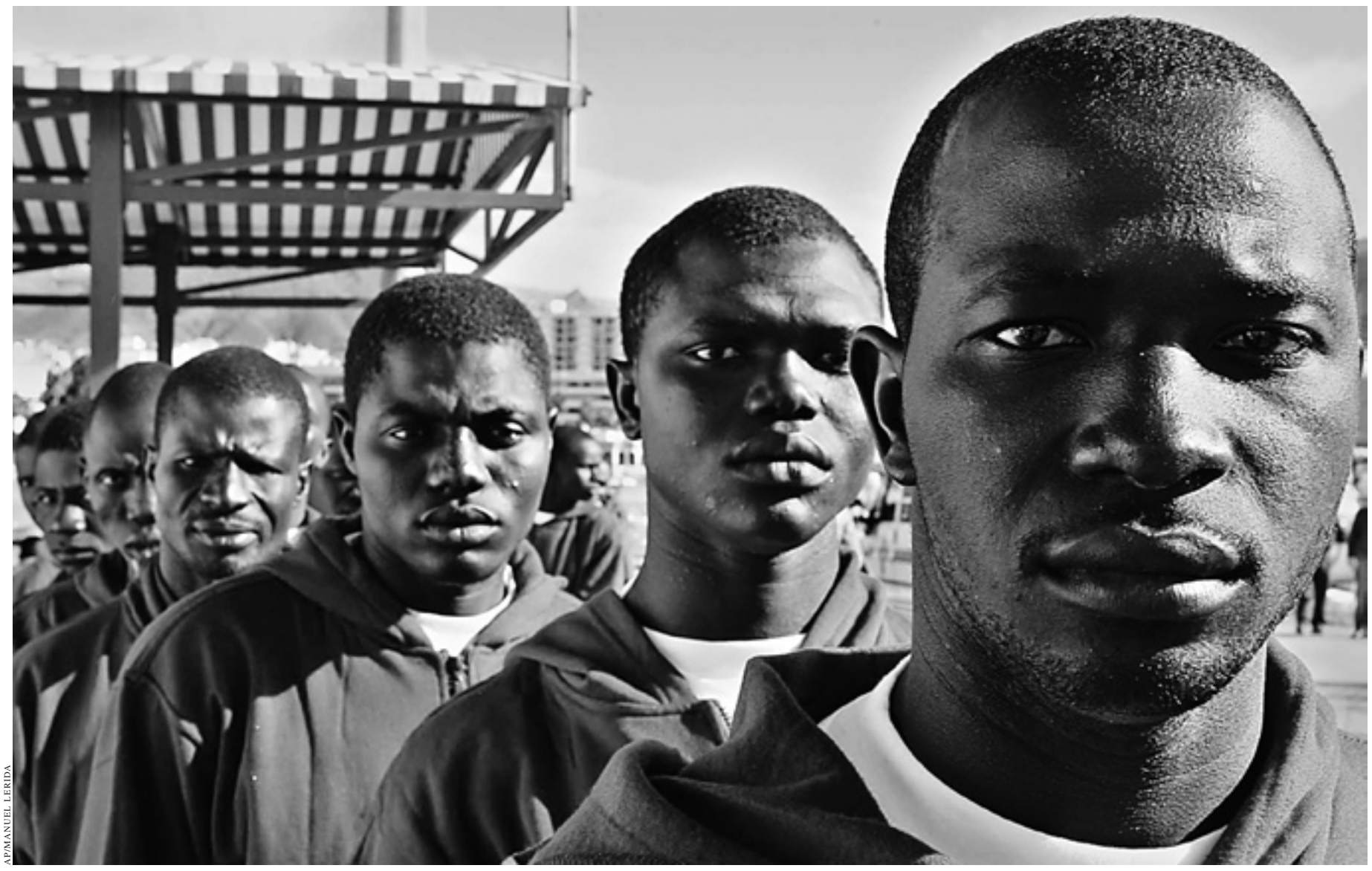
Ingo Niebel es periodista independiente y autor del diario *junge Welt*



AP/ESTEBAN FELIX

Fotos: La Fundación Friedrich Naumann apoyó el golpe de estado en Honduras

Partido	Fundación	Orientación	Subvención en 2009
CSU (Unión Social Cristiana)	Hanns-Seidel-Stiftung (HSS)	derecha	9,8 millones de euros
CDU (Unión Demócrata Cristiana)	Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)	derecha	28 millones de euros
FDP (Partido Liberal Democrático)	Friedrich Naumann Stiftung (FNS)	centro derecha	9,8 millones de euros
SPD (Partido Socialdemócrata)	Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)	centro	31 millones de euros
Bündnis 90/Grüne (Alianza 90/Verdes)	Heinrich-Böll-Stiftung (HBS)	centro	9,8 millones de euros
Die Linke (La Izquierda)	Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)	izquierda	6,6 millones de euros



AP/MANUEL LERIDA

Fotos: Sammellager und militärische Bewachung der Grenzen – Europa schottet sich ab

Migration in der Krise

Durch die Rezession in Europa und Nordamerika sinkt die Zahl der Überweisungen in die Herkunftsländer. **Von Ulla Jelpke**

In Europa leben etwa zwei Millionen Menschen aus Lateinamerika, die über keine gültigen Aufenthaltspapiere verfügen. Von den 250 000 Bolivianern in Spanien verfügen weniger als ein Drittel über eine Aufenthaltsgenehmigung. Bei den 500 000 Ecuadorianern verhält es sich ähnlich. Frauen, die als Haushaltshilfen arbeiten, sind durch ihre Illegalität schutzlos Gewalt und sexuellem Mißbrauch ausgeliefert. Die Migranten erwartet also weder in den USA, dem Hauptziel der Migration aus Süd- und Mittelamerika, noch in Europa ein Paradies.

Die meisten dieser südamerikanischen Migranten kommen als Touristen ins Land und tauchen nach Ablauf ihres Visums unter. Die EU arbeitet deshalb mit Hochdruck an der elektronischen Totalerfassung aller, die in die EU einreisen wollen. Ab 2012 will die EU-Kommission ein Elektronisches Einreise- und Ausreiseregister aufbauen. Wer nicht fristgerecht ausreist, löst im System einen Alarm aus, die zuständigen Behörden können dann zeitig mit Ermittlungen beginnen. Auf Druck Deutschlands wurde vereinbart, in Zukunft keine generellen Legalisierungen mehr durchzuführen. Zukünftige Generationen von Migranten aus Südamerika werden es also noch schwerer haben als derzeit, von Europa aus ihre Familien zu unterstützen. So lange aber die auf der kapitalistischen Ökonomie beruhende ungerechte Verteilung des Reichtums auf der Welt bestehen bleibt, werden viele in der Auswanderung die einzige Chance auf ein wenig Wohlstand sehen.

Unter dem Damoklesschwert der Abschiebedrohung sind die meisten dieser Migranten bereit, zu Hungerlöhnen zu arbeiten und sich aus jeder politischen und gewerkschaftlichen Organisation herauszuhalten. So können sie als Lohndrücker oder gar Streikbrecher gegen die einheimische Bevölkerung ausgespielt werden. Rechte Politiker in Europa und den USA nutzen diese Realität zur rassistischen Stimmungsmache gegen Migranten und »Illegale«, um so vom Kapitalismus als Ursache der Wirtschaftskrise abzulenken.

Die Aufgabe der europäischen und nordamerikanischen Linken und der Gewerkschaftsbewegung sollte deshalb darin bestehen, allen Migranten einen gesicherten Aufenthaltsstatus mit dem Recht auf Arbeit und demokratische Partizipation zu erkämpfen – als Teil des weltweiten Kampfes gegen die neoliberale Globalisierung.

Die Aufgabe der europäischen und nordamerikanischen Linken und der Gewerkschaftsbewegung sollte deshalb darin bestehen, allen Migranten einen gesicherten Aufenthaltsstatus mit dem Recht auf Arbeit und demokratische Partizipation zu erkämpfen – als Teil des weltweiten Kampfes gegen die neoliberale Globalisierung.

Zumal auch die so genannten Entwicklungsländer Süd- und Mittelamerikas nach 2007 in den Sog der von den USA und Europa ausgehenden kapitalistischen Krise gerissen wurden. Betroffen sind hier besonders Familien, die von den Überweisungen ihrer in den Industrienationen lebenden Verwandten abhängen. Denn Arbeitsmigranten in Europa oder den USA sind deutlich stärker von Arbeitslosigkeit in Folge der Finanzkrise betroffen als die einheimische Bevölkerung. Das liegt unter anderem daran, daß vor allem männliche Migranten häufig in den von der Krise am stärksten betroffenen Branchen arbeiten. Von der Arbeitslosigkeit ihrer Söhne und Töchter sind die Familien in den Herkunftsländern dann unmittelbar betroffen, bleiben so doch auch deren Überweisungen aus. Diese »Rimessen« genannten Überweisungen gingen weltweit allein im Jahr 2009 um 6,7 Prozent zurück, nach Südamerika und in die Karibik sogar um 12,3 Prozent.

Für rund 50 Millionen Familien in Lateinamerika sind Rimessen die größte Einkommensquelle. In El Salvador und Nicaragua machten sie 2009 18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus, in Honduras sogar 25 Prozent. Auch in Guatemala, Costa Rica und Panama übertreffen die Rimessen den Anteil von Landwirtschaft und Tourismus am Bruttoinlandsprodukt. Kuba ist ebenfalls ein Großempfänger von Rimessen: Auf über eine Milliarde werden die jährlichen Überweisungen geschätzt, das sind etwa zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Da weiterhin jedes Jahr Kubaner in die USA emigrieren und ihre Arbeitskraft daher der kubanischen Wirtschaft fehlt, steigt auch hier die Abhängigkeit von den Transfers der Migranten. Zu Beginn des Jahres 2009 sanken diese Überweisungen infolge der Krise in den USA und Europa um bis zu 20 Prozent.

Diese Krisenanfälligkeit ist ein großer Nachteil dieser Bezugsquelle. Die Einnahmen aus den Rimessen liegen über dem, was sich im Heimatland mit Lohnarbeit oder einem eigenen Kleinbetrieb verdienen läßt. Potentiell nachhaltige Existenzgrundlagen werden also aufgegeben, ganze Familien leben von den Transfers ihrer ausgewanderten Mitglieder. Bleiben die Überweisungen eines Tages aus, fehlen alternative Einkommensquellen.

Ohnehin, so zeigen Beobachtungen von Wirtschaftswissenschaftlern, helfen die Rimessen nur für einen begrenzten Zeitraum. Zunächst zahlen die Migranten geringe Beiträge, mit denen sie die häufig durch Schlepper organisierte Auswanderung refinanzieren. Haben sie sich auf dem Arbeitsmarkt des Ziellandes etabliert und ein regelmäßiges Einkommen, steigen die Rimessen deutlich an. Danach jedoch versiegen diese wieder, entweder weil die Migranten zurückkehren oder ihre Zahlungen einstellen, wenn die Bindung an die Familie im Herkunftsland schwächer wird. Den zurückgebliebenen Familien bleibt meist keine andere Möglichkeit, als wiederum einzelnen ihrer Mitglieder in der Hoffnung auf neue Rimessen die Emigration zu finanzieren. So entsteht eine Art »Rentenökonomie«, die komplett auf den erfolgreichen Export von Arbeitskräften angewiesen ist – und diese sind oft die letzte Ressource der betroffenen Länder nach jahrhundertelanger Ausplünderung durch die Industrienationen.

In den entwicklungspolitischen Debatten der letzten Jahre gab es einen regelrechten Hype um die Rimessen. Die Überweisungen der Migranten kämen viel zielgerichteter an als die klassische Entwicklungshilfe und würden da eingesetzt, wo sie gebraucht würden. Statt also ziellos Geld in die Entwicklungshilfe zu pumpen, sollte die Rimessenökonomie gefördert werden, wurde gefordert. Die aus der Not geborenen Geldströme in die Herkunftsländer dienen also als Rechtfertigung für weitere Einsparungen bei der klassischen Entwicklungshilfe. Außerdem sollen die Kenntnisse und Netzwerke der Migranten für die Erschließung der Märkte in ihren Herkunftsländern genutzt werden. Die Migranten sollen also für den Kampf um Marktanteile im Trikont genutzt werden, nachdem die Freihandelspolitik der vergangenen Jahrzehnte die dortigen Ökonomien fast vollständig zerstört hat.

Auch in diesen Ländern selbst tragen die Rimessen zur Durchsetzung neoliberaler Politik bei, indem sie zunächst einmal den Druck ausgleichen, der Armut mit sozialpolitischen Programmen gegenzusteuern. Soziale Probleme werden so komplett individualisiert. In Nicaragua wird beispielsweise die Hälfte der Gesundheitskosten aus Rimessen bezahlt.

Ulla Jelpke ist Mitglied der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag

La migración en tiempos de crisis

Debido a la crisis económica en Europa y Norteamérica disminuyen los giros hacia los países de origen de los emigrados. **Por Ulla Jelpke**

En Europa viven ceca de 2 millones de latinoamericanos indocumentados. De los 250 000 bolivianos en España menos de un tercio tienen permiso de residencia. Lo mismo sucede con unos 500 000 ecuatorianos. Las mujeres que trabajan como sirvientas son víctimas de la violencia y de abuso sexual debido a su condición de ilegal. A los emigrantes no les espera un paraíso ni en los EE.UU., principal destino migratorio desde América del Sur y Central, ni en Europa.

La mayoría de estos emigrantes suramericanos viajan como turistas y se esconden tras expirar sus visas. Por esto la Unión Europea (UE) trabaja a toda máquina en el registro electrónico total de todas las personas que desean viajar a los países de la UE. A partir del año 2012 la Comisión de la UE pretende implementar un registro digital de entradas y salidas. Cuando alguien no abandona el territorio dentro del plazo establecido se activa una alarma en el sistema y entonces las autoridades correspondientes pueden comenzar a tiempo las investigaciones. Debido a la presión ejercida por Alemania se acordó no implementar más legalizaciones generales en el futuro. Por tanto las futuras generaciones de emigrantes sudamericanos tendrán más dificultades que en la actualidad para respaldar a sus familias desde Europa. Sin embargo, mientras exista la división desigual de las riquezas mundiales basada en la economía capitalista, para muchos la emigración será la única posibilidad de prosperar un poco.

Aún bajo la constante amenaza de deportación, la mayoría de estos emigrantes están dispuestos a trabajar por sueldos miserables y a mantenerse alejados de cualquier organización política o sindical. Así, como mano de obra barata o como esquiroles, son manipulados para oponerse a los nativos. Los políticos de derecha en Europa y en EE.UU. aprovechan esta situación para lograr una predisposición racista contra los emigrantes e »ilegales« y así evitar que el capitalismo sea considerado la causa de la crisis.

Por eso, como parte de la lucha internacional contra la globalización neoliberal, la tarea de la izquierda estadounidense y europea y de los movimientos sindicales debería consistir en proporcionar a todos los emigrantes un estatus que incluya el derecho al trabajo y la participación democrática.

Después de 2007, sobre todo los llamados países en vías de desarrollo de América del Sur y Central fueron abatidos por el remolino de la crisis capitalista surgida en los EE.UU. y Europa. Las familias que dependen de los giros de parientes que viven en países industrializados se ven muy afectadas, porque naturalmente, los emigrantes que trabajan en Europa o en EE.UU. caen en el desempleo como consecuencia de la crisis financiera con más frecuencia que la población nativa. Entre otras cosas, esto se debe a que los emigrantes masculinos por lo general trabajan en los sectores más perjudicados por la crisis. Las familias en los países de origen se encuentran directamente afectadas por el desempleo de sus hijos, pues los giros se interrumpen. Solo en 2009, estos envíos de dinero conocidos como »remesas« hacia América del Sur y el Caribe disminuyeron en un 6,7% y en un 12,3% respectivamente.

Para cerca de 50 millones de familias en América Latina las remesas constituyen la fuente principal de ingresos. En el Salvador y en Nicaragua éstas representaron en el año 2009 el 18% del PIB, en Honduras incluso el 25%. También en Guatemala, Costa Rica y Panamá la proporción de las remesas en el PIB superó la de la agricultura y el turismo. Cuba es también un gran receptor de remesas. Se estima que anualmente se realizan transacciones a la Isla por más de un millardo, lo que representa alrededor del 10% del PIB. Cada año emigran cubanos a los EE.UU. afectando la economía cubana y elevando así en este país la dependencia de los envíos de dinero de los emigrados. A principios de 2009 las remesas bajaron hasta en un 20% debido a la crisis en EE.UU y Europa.

Esta propensión a la crisis es una gran desventaja de esta fuente de ingresos. La cantidad de dinero proveniente de remesas está por encima de la que se puede ganar en el país con salarios o negocios minoristas. Las bases de subsistencia potencialmente duraderas se extinguen, familias completas viven de las remesas de sus familiares en el extranjero, por eso, si un día estos giros dejaran de existir, no se contaría con fuentes alternativas de ingresos.

No obstante, según observaciones de los economistas, las remesas ayudan por poco tiempo. Primeramente los emigrados pagan cantidades pequeñas para financiar su migración que a menudo se realiza por medio de contrabandistas. Una vez que se pueden insertar en el mercado del nuevo país y obtienen ingresos regulares, entonces las remesas aumentan considerablemente. Pero luego éstas vuelven a bajar, ya sea porque los emigrados regresan o porque suspenden sus envíos cuando las relaciones con la familia en el país de origen se debilitan. A las familias dejadas atrás no les queda otro remedio que costear nuevamente la salida de alguno de sus miembros con la esperanza de obtener nuevas remesas. De esta forma surge una clase de »economía de pensión«, que depende por completo de una exportación exitosa de fuerza de trabajo, y a menudo este es el último recurso de los países afectados por el saqueo de las naciones industrializadas durante siglos.

En los debates de los últimos años sobre la política de desarrollo hubo un verdadero boom de las remesas. Se dice que el dinero de los emigrados llega a destinos mucho más específicos que el de las clásicas ayudas al desarrollo y se emplea en cosas necesarias. Se exige que en vez de seguir destinando dinero sin un fin determinado como ayuda al desarrollo, se debería estimular el envío de remesas. El flujo de dinero hacia los países de origen de los emigrados a causa de la necesidad, sirve como justificación para reducir la clásica ayuda al desarrollo. Además, los conocimientos y las relaciones de los emigrados deben usarse para la apertura de los mercados en sus países originarios y los emigrados deben emplearse en la lucha por cuotas en el mercado en Asia, América Latina y África luego de que la política de mercado libre de las últimas décadas ha destruido casi completamente las economías de estos lugares.

Como parte de la lucha internacional contra la globalización neoliberal, la tarea de la izquierda estadounidense y europea y de los movimientos sindicales debería consistir en proporcionar a todos los emigrantes un estatus que incluya el derecho al trabajo y la participación democrática.

También en esos países las remesas contribuyen a la implantación de la política neoliberal, porque primeramente equilibran la presión de buscar soluciones alternativas a la pobreza con programas políticos y sociales. Así los problemas sociales se individualizan por completo. En Nicaragua, por ejemplo, la mitad de los gastos por concepto de salud se paga con dinero de remesas.

Ulla Jelpke es diputada del grupo parlamentario de La Izquierda en el Bundestag (parlamento alemán)

AP/JASPER JUINEN

Fotos: Campos de detención y vigilancia militar de las fronteras – Europa cierra sus puertas

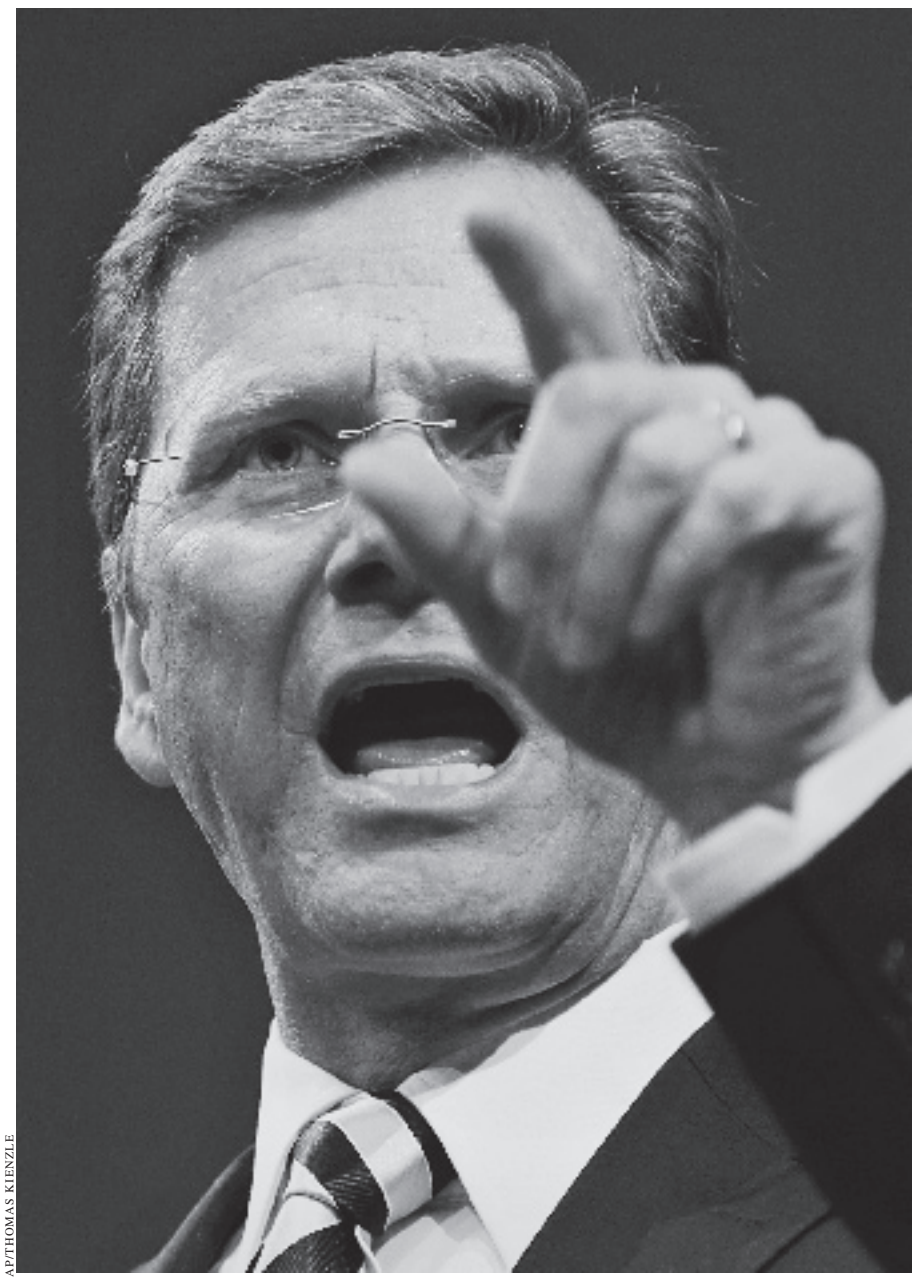
In wessen Interesse?

Seit 2004 repräsentieren wir bei der Buchmesse in Havanna ein anderes Deutschland als Außenminister Westerwelle. **Von Katja Klüßendorf**

Foto links: Bundesaußenminister Guido Westerwelle.
Foto rechts: Die Tageszeitung *junge Welt* (hier bei der Buchmesse in Havanna 2010) repräsentiert das andere Deutschland

Im August 2010 stellte der deutsche Außenminister Guido Westerwelle das neue Lateinamerika-Konzept der Bundesregierung vor. Er nannte den Subkontinent eine Weltregion, die in Europa unterschätzt werde. Sie sei einer der dynamischsten Wachstumsmärkte. Was er damit meint, hat er bereits kurz nach Amtsantritt bei einem Besuch in Südamerika gezeigt. Es geht um große Rohstoffvorkommen und Absatzmärkte für deutsche Exportprodukte, und darum, sich auf diesen Märkten gegen Konkurrenz aus anderen großen Industrienationen besser aufzustellen. Hintergrund ist die Sorge der deutschen und europäischen Wirtschaft um ausreichenden Nachschub an zentralen Rohstoffen. Deutsche Außenpolitik vertritt deshalb auch in Lateinamerika und der Karibik vor allem die Interessen der exportorientierten Industrie. Deren Staaten und Völker lernen aber immer mehr, ihre eigenen Interessen wirksam zu vertreten, indem sie sich zu Handelsbündnissen zusammenfinden. Dazu gehört auch ALBA, die Bolivarische Allianz für die Völker Unseres Amerikas.

Das meint Westerwelle natürlich nicht, wenn er von »unserem beiderseitigen Interesse« spricht. Im Gegenteil: Die Westerwelles Partei FDP nahestehende Friedrich-Naumann-Stiftung schreibt auf ihrer Website, daß sie »mit Sorge einen fundamentalen Wandel auf dem Kontinent beobachtet, nachdem sich zwei Jahrzehnte lang Land um Land der Demokratie und der Marktwirtschaft zuzuwenden schienen. Nun werden diese Errungenschaften herausgefordert, sehen sich die Verfechter liberaler Demokratie radikalen autoritären Populisten gegenüber.« Keine andere Institution in Deutschland hat sich 2009 so offen auf die Seite der Putschisten gegen den rechtmäßigen honduranischen Präsidenten Manuel Zelaya gestellt.



AP/THOMAS KIENZLE

Um Freiheit und Menschenrechte ging es angeblich auch, als das deutsche Auswärtige Amt die Teilnahme an der Buchmesse in Havanna 2004 absagte, obwohl man zuvor eine Einladung als Ehrengastland angenommen hatte. Gegen eine solche Politik positionieren wir uns als Teil der Solidaritätsbewegung mit Kuba und anderen linken Regierungen in Lateinamerika. Bereits zum achten Mal in Folge beteiligen sich im Februar 2011 Verlage, Organisationen und Gewerkschaften aus dem deutschsprachigen Raum an der internationalen Buchmesse über das »Berliner Büro Buchmesse Havanna«.

Die 20. Messe, die die kubanische Buchkammer den Kulturen der ALBA-Staaten als Ehrengäste widmet, hat für uns besondere Bedeutung, weil wir uns gemeinsam mit den ALBA-Ländern für jene Konzepte einsetzen, die den Neoliberalismus überwinden wollen und die es den wirtschaftlich schwächeren lateinamerikanischen Ländern ermöglichen, einen eigenständigen Weg zu gehen. So eine Entwicklung mag nicht im Interesse Westerwelles und der von ihm bedienten Klientel sein. Aber sie ist das, was wir unter unserem gemeinsamen Interesse verstehen.

Katja Klüßendorf leitet das »Berliner Büro Buchmesse Havanna«

Cuba Sí

Die alternative deutsche Präsenz bei der Buchmesse in Havanna besteht aus Soligruppen, Verlagen und Gewerkschaften

Cuba Sí« wurde am 23. Juli 1991 als Arbeitsgemeinschaft (AG) beim Parteivorstand der damaligen PDS (heute Die Linke) gegründet. Im Prozeß des Entstehens der Solidaritätskampagnen »Milch für Kubas Kinder« und »Kuba muß überleben« schlossen sich in Berlin immer mehr ehrenamtliche Helfer der AG an. Dies führte zur Bildung des Cuba-Sí-Koordinierungsrates mit Sitz im Berliner Karl-Liebknecht-Haus.

Die politische und materielle Solidarität mit dem sozialistischen Kuba ist Grundanliegen und wesentlicher Inhalt der Tätigkeit von Cuba Sí. Dabei versteht sich die AG als Teil der internationalistischen Bewegungen gegen Krieg, Neoliberalismus, Faschismus, Ausbeutung und Ausgrenzung. Der Kampf für eine gerechte Welt, für den Frieden, die sozialen und demokratischen Menschenrechte, die Bewahrung der Umwelt und das Recht der Völker, selbst über ihr Schicksal zu entscheiden, bestimmt ihr politisches Wirken.

Bundesweit agieren regionale Cuba-Sí-Gruppen. Diese wirken gemäß den vom Bundestreffen 2007 beschlossenen Arbeitsrichtlinien politisch eigenständig und unabhängig vom Cuba-Sí-Koordinierungsrat. Die regionalen Cuba-Sí-Gruppen zeigen ihre Bildung und ihr Wirken dem Vorstand bzw. der Gliederung der Partei Die Linke an, in welcher sie aktiv sind. Der Cuba-Sí-Koordinierungsrat beim Parteivorstand arbeitet mit den regionalen Cuba-Sí-Gruppen im Sinne einer Koordinierung der Solidaritätsarbeit eng zusammen.

Verlagsgruppe Eulenspiegel

Unter dem Dach der Eulenspiegel Verlagsgruppe sind mehrere Verlage, zumeist mit linken oder gar DDR-Wurzeln, versammelt, die ein breites Spektrum in Belletristik und Sachbuch bieten und nicht nur im Osten Deutschlands stark auf dem Buchmarkt vertreten sind. Der Eulenspiegel Verlag und die Verlage Neues Leben und Das Neue Berlin haben sich nach 1990 zusammengeschlossen. Sie pflegen das kulturelle Erbe der DDR, ein Beispiel sind die Werke des großen Dramatikers, Lyrikers, Essayisten und Kinderbuchautors Peter Hacks.

Der Rotbuch Verlag, der bereits 1973 in Berlin gegründet wurde und ebenfalls seit 2007 zur Eulenspiegel Verlagsgruppe gehört, setzt seine Programmschwerpunkte auf das linke politische Sachbuch und auf unkonventionelle Krimis, um eine junge Zielgruppe anzusprechen.

Die Verlagsgruppe beschäftigt sich vielfach mit den geschichtlichen und aktuellen Ereignissen in Kuba und bemüht sich, Land, Leute, Kulturgeschichte durch Literaturveröffentlichungen in Deutschland bekanntzumachen. Durch eine kleine Auswahl unserer Bücher möchten wir diese Vielfalt zeigen und freuen uns auf die Buchmesse in Havanna 2010, auf viele Gespräche und neue Kontakte.

Gewerkschaft ver.di

In der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) organisieren sich 2,1 Millionen Frauen und Männer aus 1000 Berufen, vom Busfahrer bis zum Schriftsteller. Gegründet wurde ver.di 2001, als aus einstmals fünf Gewerkschaften mit langen Traditionen eine gemeinsame Gewerkschaft wurde. Ver.di hat in den letzten zehn Jahren viele neue Mitglieder gewinnen können und ist heute eine Kraft, die aus der Arbeitswelt und der Gesellschaft nicht mehr wegzudenken ist. In den Betrieben und Verwaltungen sorgt sie für nachhaltige Interessenvertretung. ver.di engagiert sich für die Gleichstellung und die gleichen Rechte von Frauen gegenüber Männern und damit auch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ver.di engagiert sich für Gleichberechtigung und gegen jede Form der Diskriminierung und Ausgrenzung z. B. von Migranten. Und darum ist es wichtig, daß Menschen, die auf Grund ihrer Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung, einer Behinderung oder des Geschlechtes diskriminiert werden, sich gemeinsam mit der Gewerkschaft dagegen wehren und Gleichberechtigung einfordern können. Und wo immer Gewerkschaften ihre Stimme in der Öffentlichkeit erheben und Druck machen müssen, ist ver.di dabei.

Eine für Millionen Menschen wichtige Forderung steht im Mittelpunkt der Arbeit von ver.di: der gesetzliche Mindestlohn. Er ist die Antwort auf eine Politik, die in den letzten zehn Jahren systematisch einen Niedriglohnsektor geschaffen hat: durch neue Gesetze, mit denen Menschen gezwungen wurden, jede Arbeit unabhängig von ihrer Qualifikation anzunehmen.

Seit mehr als zehn Jahren steigt die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Alle statistischen Tricks der Bundesregierung können nicht darüber hinwegtäuschen, daß mehr als fünf Millionen Menschen arbeiten wollen, aber keine Arbeit finden. Deswegen fordert ver.di eine Umverteilung von oben nach unten.

¿En interés de quién?

Desde 2004 representamos en la Feria del Libro de La Habana una Alemania diferente a la del Ministro Westerwelle. **Por Katja Klüßendorf**

En agosto de 2010 Guido Westerwelle, Ministro alemán de Asuntos Exteriores, presentó la nueva concepción del Gobierno Federal sobre América Latina. El político calificó al subcontinente como una región subvalorada por Europa y añadió que era uno de los mercados en crecimiento más dinámicos. En una visita a América del Sur poco después de asumir su cargo, ilustró esta idea. Y es que aquí existen grandes yacimientos de materias primas y mercados de consumo para los productos alemanes de exportación y Alemania podría situarse en estos mercados contra la competencia de otros países industrializados importantes. En realidad existe una preocupación por parte de la economía alemana y europea por un suministro suficiente de materia primas importantes. Por eso la política exterior alemana vela en América Latina y el Caribe por los intereses de la industria exportadora. Sin embargo, los Estados y pueblos latinoamericanos aprenden cada vez más a defender eficazmente sus propios intereses uniéndose para formar alianzas comerciales como la Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América (ALBA).

jW-ARCHIV

Foto izquierda: Guido Westerwelle, Ministro Federal de Relaciones Exteriores alemán

Foto derecha: El diario *junge Welt* representa otra Alemania, aquí en la Feria del Libro de La Habana en 2010

Por supuesto, Westerwelle no se refiere precisamente a esto cuando habla de »nuestro interés mutuo«. Todo lo contrario, la Fundación Friedrich-Naumann, aliada del Partido Liberal al que Westerwelle pertenece, publicó en su página Web, que »observa con inquietud un cambio radical en el continente luego de que durante dos décadas cada país pareciera dedicarse a la democracia y la economía de mercado. Ahora estos logros son desafiados, los defensores de la democracia liberal hacen frente a populistas autoritarios radicales.« En el 2009 ninguna otra institución en Alemania se manifestó tan abiertamente del lado de los golpistas en contra del legítimo presidente de Honduras Manuel Zelaya.

Al parecer también se trataba de libertad y derechos humanos cuando el Ministerio alemán de Asuntos Exteriores canceló la participación de Alemania en la Feria Internacional del Libro de La Habana en el 2004, a pesar de haber aceptado asistir como invitado de honor. Nosotros nos oponemos a tales políticas al formar parte de un movimiento de solidaridad con Cuba y otros gobiernos izquierdistas latinoamericanos. En febrero de 2011, por octava vez consecutiva editoriales, organizaciones y sindicatos de países de habla alemana participarán en esta feria a través de la »Oficina berlinesa para la Feria del Libro de La Habana». La vigésima edición, dedicada por la Cámara Cubana del Libro a la cultura de los pueblos del ALBA, es muy importante para nosotros porque junto a ellos abogamos por cada proyecto que desee vencer al neoliberalismo y que le permita a los países latinoamericanos menos desarrollados construir su propio camino. Tal desarrollo no debe interesarle a Westerwelle ni a su clientela, pero precisamente éste es nuestro interés común.

Katja Klüßendorf es directora de la »Oficina Berlinesa para la Feria del Libro de La Habana«

Cuba Sí

La agrupación »Cuba Sí« se fundó el 23 de julio de 1991 como comisión de la dirección federal del partido PDS (hoy La Izquierda). En el proceso del desarrollo de las campañas solidarias »Leche para los niños de Cuba« y »Cuba debe sobrevivir«, cada vez más voluntarios se afiliaron a la comisión. Como consecuencia, se creó el consejo de coordinación de Cuba Sí con sede en la Casa Karl Liebknecht, de Berlín.

La solidaridad política y material con Cuba socialista es el objetivo principal y sentido más importante del trabajo de Cuba Sí. En ese contexto, la comisión se considera parte de los movimientos internacionalistas contra la guerra, el neoliberalismo, fascismo, explotación y exclusión. La lucha para un mundo justo, por la paz, los Derechos Humanos sociales y democráticos, el mantener de la Naturaleza y en defensa del derecho de los pueblos a la autodeterminación dominan sus actividades políticas.

En toda Alemania trabajan grupos regionales de Cuba Sí. Según las líneas aprobadas por el Encuentro Federal de 2007, desarrollan su trabajo políticamente autónomos e independientes del consejo de coordinación. Los grupos regionales de Cuba Sí informan sobre su constitución a las direcciones o ramas del partido La Izquierda. El consejo de coordinación de Cuba Sí colabora estrechamente con los grupos regionales para coordinar el trabajo solidario.

La presentación alternativa alemana en la Feria del Libro de La Habana se forma por grupos de solidaridad, editoriales y sindicatos

Grupo editorial Eulenspiegel

Bajo el techo del grupo editorial Eulenspiegel (»el bufón«) se agrupan diferentes editoriales, en su mayoría con raíces de izquierda o de la República Democrática Alemana, que ofrecen un amplio espectro de bellas artes y literatura científica y que no sólo en Alemania Oriental están muy fuerte presentes en el mercado de libros. El editorial Eulenspiegel y los editoriales Neues Leben (Nueva Vida) y Das Neue Berlin (La Nueva Berlín) fusionaron a partir de 1990. Cultivan la herencia cultural de la RDA, por ejemplo las obras del gran dramaturgo, poeta, ensayista y autor de libros infantiles Peter Hacks.

El editorial Rotbuch (Libro Rojo), fundado ya en 1973 en Berlín, que desde 2007 también pertenece al grupo editorial Eulenspiegel, se centra en libros políticos de izquierda y novelas policíacas no convencionales para dirigirse a un público joven.

El grupo editorial se ocupa frecuentemente con los desarrollos históricos y actuales en Cuba y hace esfuerzos para dar a conocer en Alemania al país, la gente, la historia cultural, a través de sus publicaciones literarias. Con una pequeña selección de nuestros libros queremos mostrar esa variedad y esperamos con ilusión a la Feria del Libro de La Habana, a muchas conversaciones y nuevos contactos.

El sindicato ver.di

En el Sindicato Unido de Prestación de Servicios ver.di, (por su nombre en alemán) están agrupados 2,1 millones de hombres y mujeres de 1000 profesiones diferentes, desde choferes de ómnibus hasta escritores. Ver. di fue fundada en el año 2001 a partir de la fusión de 5 sindicatos que ya tenían una larga tradición. En los últimos 10 años la organización ha ganado numerosos miembros y hoy constituye una fuerza sin la que sería imposible imaginarse el mundo laboral y la sociedad. En las empresas y en la administración, ver. di defiende los intereses de los trabajadores, intercede por la igualdad y los mismos derechos entre hombres y mujeres, y con ello contribuye al equilibrio entre familia y trabajo.

Ver.di defiende la igualdad y se opone a toda forma de discriminación y marginación, por ejemplo de migrantes. Por eso es importante que las personas que son discriminadas por su origen, su orientación sexual, por impedimentos físicos, o por su sexo, se defiendan unidos con el sindicato y puedan por este medio reclamar justicia. Y cada vez que los sindicatos tienen que alzar sus voces públicamente y crear presión, ver.di está presente.

Como punto cardinal del trabajo de ver. di figura una importante demanda de millones de personas: un salario mínimo determinado legalmente. Este es la respuesta a una política que en los últimos 10 años ha creado de forma sistemática un sector de salarios bajos a través de nuevas leyes que han obligado a las personas a aceptar cualquier trabajo independientemente de su calificación.

Desde hace más de 10 años aumenta el desempleo en Alemania. Todos los trucos estadísticos del Gobierno Federal no pueden ocultar que más de cinco millones de personas quieren trabajar, pero no encuentran un puesto. Por ello ver.di exige una redistribución de arriba a abajo.

Momentos de la Feria del Libro en febrero de 2010: La presentación alternativa alemana despertó mucho interés entre el público. Entre nuestros visitantes también había Aleida Guevara, la hija del Che (Foto centro derecha)

Impressionen von der Buchmesse im Februar 2010: Die alternative deutsche Ausstellung stieß auf großes Interesse beim Publikum. Unter unseren Besuchern war auch Aleida Guevara, die Tochter Che Guevaras (Foto rechts mitte)

FOTOS: DANIEL HAGER/JUNGE WELT

Convocan/Unterstützer

junge Welt/Verlag 8. Mai GmbH

ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg Fachbereich Medien

Verband deutscher Schriftsteller in ver.di

Cuba Sí AG beim Parteivorstand Die Linke

Netzwerk Cuba - Informationsbüro e.V.

Vereinigung Schweiz-Cuba

KarEn e.V.

Verlag Wiljo Heinen

Promedia Verlag

Alexander-von-Humboldt-Gesellschaft e.V.

Venezuela Avanza

Eulenspiegel Verlagsgruppe

Kulturmaschinen e.K.

Pahl-Rugenstein Nachf. GmbH

RedGlobe.org

Galerie Olga Benario

LAIKA-Verlag GmbH & Co. KG

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.

Der Buchkonsum

PapyRossa Verlag GmbH & Co. KG

leiv Leipziger Kinderbuchverlag GmbH

Unsere Zeit

Marxistische Blätter

Imprenta: Edición especial del diario *junge Welt* con motivo de la XX Feria Internacional del Libro Cuba 2010. Editada por la Editorial 8. Mai S.L., calle Torstraße 6, 10119 Berlín, Alemania. Redacción: André Scheer (Responsable según la ley de prensa alemana), scha@jungewelt.de
Diseño: Michael Sommer, Impresión: Imprenta Unión Berlín S.L.